

Die Dummheit des Krieges und der Aufrüstung (der NATO)

von Christoph Marischka

Der militärische Einmarsch Russlands in die Ukraine stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar und ist zu verurteilen. Insbesondere ist zu verurteilen und zu unterstreichen, dass sich die russische Regierung hierbei auf ihren Status als Atommacht abstützt. Dies ist insbesondere zu unterstreichen, weil es die sehr weitgehende Handlungsunfähigkeit der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten erklärt. Den innerhalb des militaristisch aufgeladenen Diskurses womöglich nachvollziehbaren Forderungen nach einem militärischen Beistand der Ukraine ist auch deshalb eine klare Absage zu erteilen, weil dieser die Welt kurzfristig (noch näher) an den Abgrund eines Atomkrieges führen würde.

Dasselbe gilt auf längere Sicht allerdings für die nun erhobenen Forderungen nach einer weiteren Aufrüstung der NATO-Ostflanke, der NATO-Streitkräfte und Erhöhung der Rüstungshaushalte der NATO-Mitgliedsstaaten. Diese Politik der vergangenen Jahre ist die Ursache der aktuellen Eskalation und – aktuell ganz offensichtlich – nicht deren Lösung. Über Jahre hat Russland Sicherheitsgarantien und einen Stopp der NATO-Osterweiterung eingefordert – stattdessen wurde aufgerüstet, auf beiden Seiten. Dies betrifft nicht alleine die militärische Ebene, sondern nahezu alle Politikbereiche. Von der Handels- und Sanktionspolitik über die Cybersicherheit und den Kampf um Informationshoheit bis hin zu den Patenten für Impfstoffe war und ist das Verhältnis zwischen den Großmächten von Konkurrenz statt Kooperation geprägt. Dass diese früher oder später auch militärisch eskaliert, war absehbar.

Es gab allerdings – v.a. jenseits der Großmächte – auch andere Ansätze. Ausgehend von zivilgesellschaftlichen Initiativen haben im Juli 2017 122 von 193 in den UN vertretenen Staaten für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags gestimmt, aktuell haben ihn 86 Staaten unterzeichnet und 59 Staaten ratifiziert. Die Atommächte, Deutschland und auch die allermeisten NATO-Mitgliedsstaaten sind nicht darunter.

Nach dem Ende der sog. „Blockkonfrontation“, der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts bestand weltweit die Hoffnung auf eine Friedensdividende. V.a. die NATO aber hat auf ihrem Fortbestand und ihrer Osterweiterung beharrt und obendrein ihre Aktivitäten 1999 (Serbien) und 2001 (Afghanistan) über ihr Bündnisgebiet hinaus ausgedehnt. Auch dadurch wurde in den vergangenen 30 Jahren eine historische Möglichkeit verspielt, die Welt von der Geißel der Atomwaffen zu befreien, abzurüsten und auf eine kooperative Form der internationalen Sicherheit hinzuarbeiten. Dies hätte die immensen Summen, die weltweit in Rüstung und Militärs fließen, für andere, dringende Aufgaben der Menschheit freigesetzt. Stattdessen wurden v.a. unter dem US-Präsidenten Donald Trump wichtige Abkommen der Rüstungskontrolle und Mechanismen der Deeskalation aufgekündigt bzw. aufgegeben.

Dieser Kurs darf nicht fortgesetzt und erst recht nicht durch den russischen Einmarsch in der Ukraine beschleunigt werden. So selbstverständlich wie nun von allen Seiten eine weitere Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr als „Reaktion“ eingefordert wird, so sehr verdeutlicht der Krieg in der Ukraine das Scheitern dieser Politik. Und es ist nicht nur der Krieg in der Ukraine, der dieses Scheitern offenbart, sondern es ist auch das Scheitern an anderen Herausforderungen, die nur gemeinsam gelöst werden können und nicht in einer Situation der beständig eskalierenden Großmacht Konkurrenz: Dem Klimawandel, dem Artensterben, der aktuellen und künftigen Pandemien und der Überwindung einer auf Wettbewerb, Wachstum und Ausbeutung basierenden Ökonomie.

Die Überwindung dieser Probleme und Konflikte sollten wir nicht hochgerüsteten Potentaten und Bündnissen überlassen, sondern selbst in die Hand nehmen. Das bedeutet auch, ihnen jene Mittel zu entziehen, auf denen ihre Macht fußt und aus denen sich ihre Konkurrenz und Kriege speisen.

Auf den Straßen und in den Haushaltsverhandlungen sollte Abrüstung statt Aufrüstung das Gebot der Stunde sein. Einen von vielen Bezugspunkten hierfür lieferte der UN-Generalsekretär in seiner Rede vom 23. März 2020, in der er zu einem „weltweiten Waffenstillstand“ aufrief, um sich dem „gemeinsamen Feind“ stellen zu können. Gemeint war damals Covid19.

„Das Wüten des Virus offenbart die Dummheit des Krieges“, so Guterres in seiner Rede, die historisch hätte werden können – wäre sie beachtet worden. Weitere solche „gemeinsamen Feinde“ wären der Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Rassismus, Atomwaffen und der Militarismus mitsamt der dahinter stehenden ökonomischen Strukturen.



Aktualisierung der Stellungnahme vom 22.2.2022

Der Angriff des russischen Militärs auf die Ukraine und die Anerkennung von Donezk und Luhansk sind falsch, völkerrechtswidrig und brandgefährlich. Die militärische Aggression ist durch nichts zu rechtfertigen.

Es gibt keine Lösung auf dem Schlachtfeld und keinen Frieden durch Bombardements. Nötig ist ein sofortiger Waffenstillstand. Russland muss die Truppen umgehend abziehen und die Anerkennung zurücknehmen.

Die Konfrontation zwischen der NATO und Russland hat nun eine neue gefährliche Phase erreicht. Waffenlieferungen in die Ukraine oder Truppenentsendungen des Westens an die russische Grenze verschärfen die Gefahr eines globalen Krieges weiter. Sie sind genauso wenig Teil der Lösung wie das bisherige Verhalten der NATO-Staaten – im Gegenteil sie waren und sind wesentlicher Teil des Problems.

Die zentrale Frage ist, wie es jetzt weitergeht. Gelingt es Schritte zur Deeskalation zu gehen oder eskaliert die Situation weiter? Auch wenn im Moment

vieles unklar ist, so muss dennoch der Weg aus dem Krieg am Verhandlungstisch und auf Grundlage des Völkerrechts gefunden werden. Die Umsetzung des Abkommen von Minsk II könnte nach wie vor ein Weg aus der Eskalation sein. Durch einstimmigen UN-Sicherheitsratsbeschluss hat Minsk II auch verbindlichen Völkerrechtsstatus.

Gleichzeitig zu einer umfassenden Verhandlungsoffensive muss sofortige humanitäre Hilfe für alle Menschen in der Ukraine starten.

Trotz der stark personalisierten Berichterstattung in den Medien darf nicht vergessen werden, es geht nicht um Putin, nicht um Stoltenberg, Biden oder von der Leyen, sondern um Millionen von Menschen. Es geht um die Menschen in Donezk und Luhansk, um die Menschen in der Ukraine, in Russland und in ganz Europa.

Deswegen muss jetzt mit aller Entschiedenheit der Frieden vorbereitet werden und nicht weitere Eskalationsschritte.

Claudia Haydt